

7. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA M-V)

Ergebnisprotokoll

der 27. Sitzung des 7. LHJA am 08.04.2021 (als Videokonferenz)

Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 14:00 Uhr
Leitung: Frau Theil, Vorsitzende

Protokoll: Frau Siegert, KSV M-V, Landesjugendamt

Mit der Einladung mitgeteilte Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Protokoll der 26. Sitzung des 7. LJHA
4. Einfluss der Corona-Pandemie auf das Schul- und Bildungssystem
5. Künftige Anforderungen an die Jugendhilfe /Auswirkungen der Corona-Pandemie
6. 16. Kinder- und Jugendbericht, nebst Stellungnahme der Bundesregierung
Information zum Stand Umsetzung Landesjugendplan
7. Sonstiges/Berichte

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste wird als **Anlage 1** „Teilnehmerliste 25. Sitzung LJHA“ dem Protokoll beigelegt.

TOP 1 Begrüßung

Die Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Frau Theil, eröffnet die 27. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses als reine Internetsitzung. Sie begrüßt die Teilnehmer- /innen sowie die Gäste.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen. Der Tagesordnungspunkt 5 fällt auf Grund der Krankheit des Berichterstatters Herrn Spies aus.

Frau Theil ergänzt den Punkt „Sonstiges“ um folgende Themen:

- Anfrage des LJHA Schleswig-Holstein
- Fluktuation der Fachkräfte
- Wissenschaftliche Begleitung „Projekt Schulsozialarbeit plus“

TOP 3 Protokoll der 26.Sitzung des 7. LJHA

Das Protokoll der 26. Sitzung vom 04.02.2021 ist mit der Einladung zur 27. Sitzung zugegangen. Es gibt keine Anmerkungen oder Ergänzungen. Das Protokoll wird bestätigt.

TOP 4 Einfluss der Corona-Pandemie auf das Schul- und Bildungssystem (Redebeiträge)

Frau Haferkamp berichtet aus dem Bildungsministerium:

Seit 03.08.2020 bis 15.12.2020 galt in den Schulen Regelbetrieb. Ab 16.12.2020 wechselte der Schulbetrieb aufgrund des Lockdowns teilweise in den freiwilligen Präsenzunterricht. Nach den Osterferien 2021 ging der 154. Hinweis an alle Schulen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs. Es gilt für die Klassen 1-6 normaler Unterricht, 7-12 Klasse Wechselunterricht, Abschlussklassen haben die Schulen zur Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen bereits verlassen. Hierzu, betont Frau Haferkamp, gelten in LK und kreisfreien Städten unterschiedliche Regelungen je nach Inzidenzwerten.

Um die Schulen zu unterstützen, wurde ein Bundesförderprogramm entwickelt, das unter anderem die Möglichkeit beinhaltet, die Studenten aus dem Lehramt in die Schulen einbeziehen zu können.

Für die besonderen Schulbereiche (Förderbereiche) wird eine besondere Alternative der Betreuung in den Schulen geschaffen.

Außerdem wird es die Möglichkeit für alle Schüler*innen geben, so wie auch im letzten Jahr, das Schuljahr zu wiederholen, ohne, dass dieses in weiteren Jahren, als Wiederholungsjahr angerechnet wird.

Frau Walter (Schulleitervereinigung) beschreibt die Situation der Eltern und Kinder, die von zu Hause unterrichtet werden, als sehr schwierig. Für den Distanzunterricht fehlt generelle Ausstattung (Software, Hardware) für Schüler*innen sowie für die Lehrer*innen. Durch fehlenden Schulbesuch könne es zu Vereinsamung der Kinder sowie z. T. gestiegenem Medienkonsum kommen.

Frau Petersen (Landesschülerrat) berichtet über eine Umfrage zum Distanzunterricht, diese finden die Mitglieder unter untenstehendem Link:

<https://www.landesschuelerrat-mv.de/news-1/umfrage-zum-distanzunterricht/>

Frau Petersen berichtet aus der Sicht der Schüler*innen, im Fazit geht es nicht ums Lehren und Lernen, sondern, um das Funktionieren wie ein Roboter. Es herrsche eine Chancenungleichheit für die Schüler*innen (sozialer Hintergrund, sowie Defizite bei vielen Jugendlichen).

Die Möglichkeit der freiwilligen Wiederholung des Schuljahres zieht einen Rattenschwanz nach sich, erklärt Frau Petersen, dies bedeutet mehr Schüler, daher mehr Klassen, mehr Schulräume, mehr Materialien.

Herr Czerwinski (Elternrat) informiert über eine Umfrage unter Eltern, daraus ergab sich, dass der Distanzunterricht kaum stattgefunden hat. Die Eltern haben Angst um die Zukunft ihrer Kinder. Der Elternrat wünscht sich mittelfristige Konzepte für die Schulen sowie außerschulische Aktivitäten.

Frau Dr. Gelke sowie Herr Deiters stimmen dem vorher Gesagten zu, es müsse außerdem in der Kinder- und Jugendhilfe gefragt werden, wie wirkt sich die ganze Situation auf das weitere Leben der Kinder und Jugendlichen aus. Herr Deiters findet genauso, wie Frau Petersen, eine Wiederholung der Klassenstufe für schwer umsetzbar.

Herr Grozkulla-Lüdemann (Bundesagentur für Arbeit) erläutert die Situation des Übergangs von der Schule zur Ausbildung. Es gibt deutlich mehr Ausbildungsangebote, als Bewerbungen der Jugendlichen (9.000 Stellen - 4.800 Bewerber).

Herr Grozkulla-Lüdemann stellt eine gemeinsame Austauschplattform „Hand in Hand eine Brücke in die Arbeitswelt bauen“ vor

<https://www.arbeitsagentur.de/m/youconnect/>

Frau Dr. Barner-Brockmann ergänzt das oben Gesagte, um die Problematik der fehlenden einheitlichen Abstimmung zwischen der Grundschule und Kita zur Hortnutzung.

Herr Deiters schlägt der Vorsitzenden vor, eine Pressemitteilung des LJHA mit dem Fazit der Gesamtproblematik vorzubereiten.

TOP 5 16. Kinder- und Jugendhilfebericht der Bundesregierung

Frau Theil informiert über den 16. Kinder- und Jugendbericht, nebst Stellungnahme der Bundesregierung. Dieser erschien Ende 2020. Eine Kurzfassung wird dem Protokoll beigelegt.

Hierzu teilt Frau Bösefeldt mit, dass am 18.08.2021 der Landesjugendring MV, das Jugendpfarramt der Nordkirche und das Evangelische Kinder- und Jugendwerk Mecklenburg zu einem digitalen Fachtag zum 16. Kinder- und Jugendbericht einlädt.

TOP 6 Information zum Stand der Umsetzung Landesjugendplan

Frau Schwarzburger (SM) berichtet über den Werdegang der Novellierung des Landesjugendplans. Sie verweist auf ein Schreiben von Frau Drese an den Landesjugendring M-V, das den aktuellen Sachstand enthält. Nach einem längeren Prozess liegt nun das Einvernehmen des Finanzministeriums vor, so dass nun die Übersendung an den Landesrechnungshof erfolgen kann. Dafür müssen zunächst die neuen Antragsformulare durch das LAGuS erstellt werden. Der neue Landesjugendplan soll in jedem Fall noch vor den Wahlen verabschiedet werden.

Zum Thema „Systemsprenger“ informiert Frau Schwarzburger über Bildung einer – zunächst kleinen – Arbeitsgruppe, die im März erstmalig getagt hat. Die nächste Sitzung ist für den 16. April 2021 geplant. In dieser Sitzung wird über die Erweiterung des Arbeitsgremiums um die anderen betroffenen Ressorts, LIGA, LJHA u. a. beraten. Frau Dr. Gelke ergänzt, dass ggf. einzelne Aspekte in Unterarbeitsgruppen bearbeitet werden müssen.

Außerdem wurde eine „AG Kinderschutz“ konstituiert. Sie hat die Aufgabe, die Empfehlungen des Berichts der interministeriellen Arbeitsgruppe aus dem Jahr 2020 sukzessive in die Umsetzung zu bringen.

TOP 7 Sonstiges / Berichte

Zum Thema „Fluktuation der Fachkräfte“ wurde von Frau Brumme hoher Mangel der Fachkräfte, wie in der 26. Sitzung des LJHA, bestätigt.

Zum 4 TOP der letzten Sitzung „Finanzierung von (schulbezogener) Jugendsozialarbeit in Verbindung mit dem Auslaufen der ESF Mittel bzw. BUT Förderung“ teilte Herr Prof. Market mit, dass er das Projekt „Schulsozialarbeit Plus“ wissenschaftlich begleiten wird. Hierzu wurde ein Vertrag seitens der Hochschule und dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V unterzeichnet, das Projekt soll Ende Mai 2021 starten.

Für die nächste Sitzung des LJHA schlägt Frau Theil vor, eine Zusammenfassung der Arbeit bzw. Themen aus allen Unterausschüssen des LJHA zusammen zu tragen und in der Sitzung am 17.06.2021 vorzutragen.

Frau Theil informiert die Mitglieder über die Nachfrage des LJHA Schleswig-Holstein, dieser bat um die Benennung der Mitglieder des Vorstandes und der Kontaktdaten der Geschäftsstelle. Hierzu teilt Frau Theil mit, dass diese Informationen auf der Seite des KSV zu finden sind und es keines gesonderten Versands bedarf.

Frau Schlieker berichtet, dass eine Einrichtungsleitertagung von LJA organisiert wird, die Einladung dazu soll nächste Woche, wahrscheinlich, den 13.04.2021 versandt werden.

Zum Thema Anerkennung gem. § 75 SGB VIII teilt Frau Schlieker mit, dass der Träger „Deutsche Kinderhilfsstiftung“ e.V. – Förderverein mit Sitz in Rostock mit Bescheid des Landesjugendamtes vom 30.10.2020 die Anerkennung, beschränkt auf das Tätigkeitsfeld der Kinder- und Jugendberufshilfe erhalten hat. 3. Die Anerkennung wurde mit der Auflage erteilt, dass der „Deutsche Kinderhilfsstiftung“ e.V. – Förderverein bei der Durchführung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe/Ferienfreizeiten stets das Fachkräftegebot des § 72 SGB VIII mit einem Schlüssel von zumindest 1 : 10 bei einem Gesamtbetreuerschlüssel, also einschließlich medizinisch-pflegerischem Personal, von zumindest 1 : 3 einhält und den Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen nach § 72a SGB VIII beachtet und der Träger dies einmal jährlich, jeweils bis spätestens zum 30.11., für die im jeweiligen Kalenderjahr durchgeführten Maßnahmen in geeigneter Form nachweist.

Darüber hinaus liegt dem LJA der erste Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Übernahme von Vereinsvormundschaften vor. Mit der Einladung ist der Entwurf der Grundsätze für die Erteilung zur Übernahme von Vereinsvormundschaften/Vereinspflegschaften gemäß § 54 SGB VIII versandt worden. Eine Befassung des LJHA mit dem Entwurf einschließlich Beschlussfassung ist für die Sitzung im Juni vorgesehen. Das Papier soll insbesondere dazu dienen, künftige Antragsteller über das Verfahren und die erforderlichen Unterlagen zu informieren. Es soll zu diesem Zweck auch auf der Internetseite des KSV veröffentlicht werden.

Zum Schluss schlägt Herr Steiger den Mitgliedern vor, ein Papier für den 8. LJHA mit der Überschrift „Pandemie ist vorbei, aber die Nachfolgen bleiben“ zu erarbeiten.

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

gez. Ina Siegert

gez. Evelyn Theil

Landesjugendamt M-V

Vorsitzende des 7. LJHA

- Anlagen:**
1. Teilnehmerliste der 27. Sitzung
 2. Präsentation von der Bundesagentur für Arbeit
 3. 16. Jugendhilfebericht der Bundesregierung